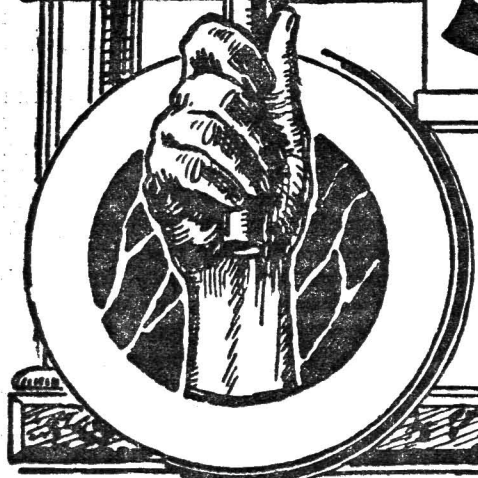


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

U. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Postgelb viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Zeile ober oder unter dem Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7288 der Zeitungspostliste eingetragen.

Nr. 26.

Sonnabend, den 27. Juni 1903.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Abonniert bei dem Quartalswechsel auf den Steinarbeiter.

### Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

**Mannheim.** Werkplatz Hedert ist gesperrt.

**Mehle-Osterwald.** Die Lohnbewegung dauert unverändert fort.

**Plauen (Vogtland).** Die Kollegen befinden sich in Tarifunterhandlungen. Bezug fernhalten.

### Zur Agitation.

II.

(Schluß.)

In der Nummer 23 haben wir den örtlichen Vertrauensleuten sowie insbesondere den Gauleitern einige Fingerzeige zu geben versucht, wie in den Zahlstellen aufklärend gewirkt werden soll. Nun steht uns aber im großen und allgemeinen noch ein ungeheures Arbeitsfeld offen, wo wir eine agitatorische Tätigkeit entfalten können und müssen, wo Zehntausende und wiederum Zehntausende von Steinarbeitern in Betracht kommen, die unserm Verbands noch fernstehen. Agitation ist schwer, Organisation noch schwerer. Angesichts des Zustandes aber, daß in Bezug auf die Mitgliederzahl seit Jahren keine Zunahme eingetreten ist, muß eine solche Situation für jeden Kollegen, der Interesse an unserer guten Sache hat, sehr bedenklich erscheinen. Mit Benützung erfüllt es uns, wenn andere Organisationen ihren Mitgliederbestand um Tausende vermehren und somit den Unternehmern eine immer größere Achtung abzwängen. Leider können wir das von unserer Organisation nicht sagen.

Ganz gewiß ist der Einwurf — der schon öfters gemacht wurde — richtig, daß wir mit eigenartigen Umständen zu rechnen haben, z. B. schaffen die Leute, die gewonnen werden sollen, größtenteils in den Bruchdistrikten, aber gerade dieser Umstand sollte uns anspornen, dem Gebiete der Agitation mehr Augenmerk als bisher zuzuwenden. Sehen wir denn nicht, daß unsere ganzen Lohnbewegungen nicht nur von der Konjunktur, sondern auch durch die Bruchdistrikte beeinflusst werden.

Wir haben seit einem Jahrzehnt und auch schon länger in dieser oder jener Stadt festen Fuß gefaßt, auch schließlich annehmbare Tarife abgeschlossen — aber beinahe überall sind Reduzierungen eingetreten. Mit der befüllten Kasse wäre ein Kampf schließlich auch noch ohne Erfolg gewesen, denn in den Bruchdistrikten, wo Tarife nicht vorhanden sind, wird größtenteils die Arbeit fertiggestellt. Wir brauchen bloß einen Blick nach dem Elbsandsteingebiet zu werfen, sowie nach der Heuscheuer in Schlesien, wir erleben dann sofort, in welcher gefährlichen Situation die Kollegen in Dresden, Pirna, Neuendorf sowie die Kollegen in Bunzlau, Warthau, Radwitz u. s. w. bei Lohnbewegungen gedrängt werden. Die Tarifverhandlungen in diesem Jahre haben dieses wiederum bestätigt. Im Bunzlauer Gebiet herrscht seit langer Zeit eine große Arbeitslosigkeit, in der Heuscheuer, wo wir mit unserer Organisation noch nicht eingedrungen sind, ist alles voll auf beschäftigt. Zu welchen niedrigen Löhnen dort gearbeitet wird, braucht eingehend kaum auseinandergelegt zu werden.

Wer unsere Kongressprotokolle verfolgt, die Rechenschaftsberichte durchmustert, wird wahrnehmen, daß wir alljährlich einen sehr großen Verlust an Zahlstellen zu verzeichnen haben, der durch Neugründungen kaum wettgemacht werden kann, insbesondere ist dieses aus der Jahresabrechnung 1902 ersichtlich. Unter der Rubrik Bemerkungen wimmelt es von eingegangenen Zahlstellen, auch etliche neugegründete sind zu entdecken. Nicht weniger als 56 Zahlstellen sind eingegangen, die im vergangenen Jahre noch die Summe von über 3500 Mk. an die Zentralkasse abführten. Hätte man diese Orte mehr beachtet, so hätte ein solcher Zustand unmöglich eintreten können. Wer für die Agitation nur etwas Verständnis besitzt, wird rundweg zugeben müssen, daß verloren gegangene Zahlstellen sehr schwer auf eine neue gewonnen werden können. Unter den eingegangenen Zahlstellen im vorigen Jahre mögen etliche dabei sein, die nach § 8 des Statuts sich auflösen mußten, aber auf Orte, wie Auerbach, Bensheim, Vochem, Droißig, Ober-Feilau, Reichenbach, Weifenstadt, Heimbach, Lahr u. s. w. trifft dieses nicht zu. Leider überließ man diese Zahlstellen ihrem eigenen Schicksal und

braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, wenn sie nach einer kurzen Zeit ihres Bestehens wieder eingehen und für längere Zeit für uns nicht mehr in Betracht kommen.

Man scheint aber den wichtigsten Punkt Agitation auch jetzt noch nicht die dementsprechende Würdigung zu schenken, denn nichts deutet darauf hin, daß irgendwie etwas nach dieser Richtung hin unternommen werden soll. Die Agitation kostet zwar Geld, aber es wäre töricht, bei solchen Lebensfragen einer jeden Organisation sich bloß immer vom engherzigen finanztechnischen Standpunkte leiten zu lassen. Dadurch, daß wir nicht vorwärts kommen mit unserer Mitgliederzahl, wird die Schaffensfreudigkeit und der Opfermut auch in den bestehenden Zahlstellen gelähmt, wie dieses an mehreren Zahlstellen nachgewiesen werden könnte. Nun sind ja die wohlwollenden Gauenverwaltungen gewählt, aber nur die wenigsten scheinen sich ihres Daseins erinnern zu können, währenddem die meisten Gauenverwaltungen ziemlich pflichtvergessen sind und für ihre wichtige Aufgabe kein großes Verständnis zu besitzen scheinen. Das muß in Zukunft anders werden, so kann und darf es nicht weiter gehen. Was nützen alle Beteuerungen auf den Kongressen, die abgegeben wurden mit dem Hinweis, es muß Sorge getragen werden für die Stärkung unserer Organisation in Zukunft, wenn man diesen schwallstigen und schöngeordneten Redensarten nicht die Tat folgen läßt? Von einer planmäßig geleiteten, übersichtlichen Agitation ist bei uns nichts zu verspüren. Überall machen wir die Wahrnehmung, daß die Arbeiten größerer Bauten immer mehr und mehr nach den Brüchen vergeblich werden und wir blicken beinahe teilnahmslos zu, ohne die Situation zu übersehen und auszumühen. Solche Zustände sind geradezu als unhaltbar zu bezeichnen und bedürfen der Abstellung.

Betrachten wir nun einmal die Ausgaben für Agitation, soweit Angaben vorhanden sind.

Ausgegeben wurden folgende Summen in nachbezeichneten Jahren:

1895:	1352.26 Mk.,	1899:	6747.76 Mk.,
1896:	4948.82 "	1900:	11852.90 "
1897:	4264.22 "	1901:	7316.43 "
1898:	3899.81 "	1902:	5406.87 "

### Wenn aber die Unternehmer streiken!

Gespräch zwischen einem Arbeiter und einem Kapitalisten.

Zur Wahrheit, wenn die bürgerlichen Parteien, die sich sonst das ganze Jahr hindurch nicht um den Arbeiter kümmern, auf den Stimmenfang ausziehen, werden allerlei alle Ladenaufhänger aus dem Winkel herbeigeholt, um zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu dienen. Da spielt denn auch die Phrase von der Unentbehrlichkeit des Unternehmers eine Rolle und man weist mit Grauen auf den kaum auszumalenden Zustand hin, wenn die Kapitalisten die Arbeit einstellen würden. Ein Kapitalist hält sich für unentbehrlich und glaubt, daß ohne ihn die Gütererzeugung nicht vor sich gehen könne. Seine „Arbeit“, die darin besteht, daß er Produktionsmittel sowie Arbeitskräfte kauft und letztere ausbeutet, erscheint ihm so wertvoll, daß er sich für berechtigt hält, einen großen Teil des Produktionsertrages für sich in Anspruch zu nehmen. Er steckt die Differenz zwischen den Herstellungskosten einer Ware und den Verkaufspreisen in die Tasche. Mit welchem Rechte tut er dies? Das ist die Frage, die uns der Kapitalist beantworten muß.

Der Kapitalist läßt sich mit seinem Arbeiter in ein Gespräch ein und entwickelt zunächst folgenden Gedankengang: „Wenn ich nicht bei der Produktion verdienen soll,“ so spricht er, „warum soll ich mich dann damit befassen? Warum soll ich mein Geld weggeben und das Risiko tragen? Viel besser ist es für mich, wenn ich die Waren, die ich gebrauche, fertig auf dem Markt kaufe?“

„Gut, mein Herr,“ entgegnet ihm der Arbeiter, „tue das, kaufe deine Waren fertig auf dem Markt. Wenn aber alle deine Brüder, wenn sämtliche Kapitalisten dies tun, woher wollt ihr denn die Waren nehmen? Ihr könnt dann höchstens euer Geld essen. Produziert ihr aber werden, und wenn du es nicht tust, so tut es ein anderer. Wo bleibt also dein Verdienst um die Produktion?“

Der Kapitalist legt jetzt die Sache auf einen anderen Karren. Er verdreht die Augen, zieht sein Gesicht in fromme Falten und spricht: „Aber bedenke doch meine Enthaltensamkeit, lieber Mann. Ich hätte ja mein Geld verprassen und verjubeln können; statt dessen habe ich es in der Produktion angelegt. Soll meine Tugend denn unbelohnt bleiben?“

„Die Tugend ist der Tugend Lohn!“ entgegnete der Arbeiter mit Würde. „Das lehrt uns die Moral aller Zeiten und die von dir engagierten Moralisten und Pastoren predigen diese Wahrheit alle Tage. Höchstensfalls hast du Anspruch auf eine Belohnung im besseren Jenseits. Was willst du also? Hättest du dein Geld in Aukstern, Sekt oder Trüffel angelegt, statt in Produktionsmitteln und Arbeitskräften, so wärest du jetzt im Besitze von Gewissensbissen, statt von Waren. Dein gutes Gewissen sei dein Lohn! Und noch eins, mein Freund, ganz im Vertrauen: Glaubst du wirklich, du könntest uns weismachen, daß du Entbehrung leidest? Du und deine Kollegen, die Stumms und Krupps und wie sie alle heißen mögen, ihr leidet wahrlich keine Not, ihr lebt hundertmal besser als eure Arbeiter und werdet trotzdem immer reicher. Dein Gefasel von Enthaltensamkeit ist weiter nichts als ein auf die Dummheit berechnetes Sand in die Augen streuen und zieht bei uns nicht mehr. Also her mit andern Gründen!“

Jetzt wird der Kapitalist kleinlaut und nimmt eine anspruchslose Haltung an. „Habe ich nicht selbst gearbeitet,“ so flennt er, „habe ich nicht die Arbeit angeordnet, überwacht, beaufsichtigt? Soll denn meine Arbeit nicht entlohnt werden?“

„Selbstverständlich sollst du als „Arbeiter“ deinen Lohn bekommen, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Hast du tatsächlich mitgearbeitet in deinem Betriebe, so sollst du dafür bezahlt werden wie jeder andre Leiter, Aufseher, Werksführer, Buchhalter u. s. w. auch. Aber du bist

mit dem Lohn, den diese Leute beziehen, nicht zufrieden, du willst als Kapitalist bedeutend mehr haben. Und wenn du zufälligerweise Aktionär einer Gesellschaft bist, dessen ganze „Arbeit“ im Couponsabschneiden besteht, was dann? Wie willst du in diesem Falle deinen Profit rechtfertigen, da du als Aktionär doch weder entbehrst noch arbeitest? Du mußt also selbst zugeben, daß deine bisherigen Gründe sehr windiger Natur sind.“

Wieder verändert unser Freund seine Haltung; er wird ärgerlich und stellt sich trotzig auf die Hinterbeine. „Gebe ich nicht dem Arbeiter Gelegenheit, daß er arbeiten kann,“ fährt er auf. „Beschaffe ich nicht Rohmaterial und Instrumente, richte ich nicht Werkstätten und Fabriken ein, sorge ich nicht für Beleuchtung und Heizung? Erweise ich ihm hierdurch nicht einen großen Dienst, ohne den dieser Gabe nichts gar nicht produzieren kann? Soll ich mich für diesen Dienst nicht bezahlen lassen?“ „Gernach, mein Lieber, nur gemach! Nehmen wir an, du bist Besitzer einer Spinnerei; du hast Baumwolle gekauft, Spindeln angeschafft zc. Nun läßt du deine Spinner diese Baumwolle in Garn verwandeln, du gibst ihnen, wie man das nennt, Lohn und Brot. Du leistest ihnen dadurch unstreitig einen großen Dienst. Aber — Hand aufs Herz! — erweisen dir deine Arbeiter nicht ebenfalls einen großen Dienst, indem sie für dich arbeiten? Wenn sie nicht bei dir arbeiten, würde ja deine Baumwolle verderben, deine Fabrik verfallen, deine Spindeln verrotten, deine Maschinen unbrauchbar werden. Versuche es doch einmal und laß den ganzen Kram auch nur ein einziges Jahr lang unbenutzt liegen und du wirst merken, welcher großen Dienst dir deine Arbeiter geleistet haben. Und wie wird ihnen dieser Dienst gelohnt? Nur das nackte Leben können sie fristen, während sie in harter Fronne schlafen; du aber lebst herrlich und in Freuden, dein „Dienst“ ist somit viel bequemer, aber auch einträglicher, als der übrige. Ist das Recht? Ist das Gerechtigkeit?“



Hieraus ist zu ersehen, daß nach dem Jahre 1900 die ausgegebenen Summen für Agitation rapide herabgegangen sind, insbesondere für das Jahr 1902 trifft dieses zu, trotzdem dieser Summe die Unkosten für die Berichterstattung des Kongresses hinzugerechnet sind. Als im Jahre 1899 und 1900 zu diesem Zwecke höhere Summen verausgabt wurden, konnten insbesondere im bayrischen Walde sehr große Fortschritte erzielt werden; wenn diese Orte nicht gehalten werden könnten, so ist dieses zum weitestgehenden Teile auf das Konto der später sehr lässig betriebenen Agitation zu schreiben, weil man glaubte, keine Mittel mehr bewilligen zu müssen, indem genug getan sei. Man möge aber zukünftig nicht in denselben Fehler verfallen, sondern es muß die Hauptaufgabe der höchsten Instanzen sein, auf die Gauenverwaltungen einen Druck auszuüben, daß auch sie praktische und nutzbringende Arbeit leisten. Dann nur treffen die Schlüsselworte des Kongressvorsitzenden in Leipzig zu, die ausklagen in der Hoffnung, bei der nächsten Generalversammlung, wenn wir wieder zusammenkommen, dann möge unsere Mitgliederzahl eine bedeutend stärkere als jetzt sein. Goffen wir alle, daß diese Worte auch zutreffen mögen. Aber wir dürfen nicht verkennen, daß, um dieses Ziel zu erreichen, ein unausgesetztes Aufklären und Agitieren notwendig ist, daß aber auch der Verband zu diesem Zweck die finanziellen Opfer nicht scheuen darf.

## Die handelspolitischen Interessen der Arbeiter.

Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur Frage der neuen Handelsverträge sind vielfach recht irriige Ansichten verbreitet, die zu einem Teil vielleicht daher rühren, daß in Wählerversammlungen die Redner nicht immer alle Möglichkeiten so haarfarr vor Augen haben, wenn sie die handelspolitischen Fragen erörtern. Im allgemeinen kann man wohl ohne Widerspruch behaupten, daß die Sozialdemokratie jede Verschlechterung der gegenwärtigen handelspolitischen Situation bekämpfen, daß sie ferner aber auch jeden Handelsvertrag ablehnen wird, der gegenüber dem geltenden Zustand keine Verbesserung aufweist. In zweiter Linie erst steht die Frage, auf welche Weise es der Regierung gelingt, Handelsverträge zu vereinbaren. Die Sozialdemokratie vertritt die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und nur so lange sie diese vertritt, segelt sie im richtigen Fahrwasser. Vor allem sind es die Interessen der gewerblichen Arbeiter, die in der Sozialdemokratie ihrer ganzen Zusammenfassung nach vorläufig noch prävalieren. Die gewerblichen Arbeiter müssen nun vor allen Dingen darauf achten, daß alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Beschäftigungsangelegenheit vermehren. Dies geschieht zweifellos durch eine Erleichterung des Handelsverkehrs mit dem Auslande. Wir dürfen nie vergessen, daß zur Zeit etwa für 1 1/2 Million Arbeitskräfte nur dadurch Beschäftigungsgelegenheit vorhanden ist, daß uns das Ausland für mehr als 4 Milliarden Waren abnimmt. Die Arbeiter können nicht zugeben, daß der Verkauf dieses Warenquantums nach dem Ausland irgendwie erschwert oder gefährdet wird. Wenn man einwendet, daß in Deutschland selbst für vier Milliarden Mark Waren mehr abgesetzt werden könnten, daß namentlich die Landwirtschaft konsumfähiger gemacht werden könnte, wenn sie nur erst mehr verdiente, daß weiter auch der gewerbliche Arbeiter selbst mehr verbrauchen könnte, so ist all das ja gar nicht zu bezweifeln. Aber es wäre doch mehr als risikant, den Sperling aus der Hand zu geben, ehe man die Taube auf dem Dache besäße. Die agrarische Politik ist durchaus konsequent, sobald es sich nicht um die Interessen der Landwirte selbst handelt. In agrarischen Kreisen sieht man vielfach den problematischen Wert von Getreidezöllen recht gut ein; aber es gibt unfre Wissenschaft keinen Agrarpolitiker, der auf die Zölle früher verzichtet möchte, ehe nicht auf andere Weise ausgiebig für die Interessen der Landwirtschaft gesorgt ist. Mit mindestens dem gleichen Rechte kann aber auch der gewerbliche Arbeiter auf den jetzigen Umfang des Exports nicht verzichten, selbst wenn man die heutige Exportpolitik vielfach als direkt nachteilig für die Arbeiter bezeichnen wollte. Der Stand des Arbeitsmarkts ist nämlich während der Ära der Caprivischen Handelsvertragspolitik keineswegs immer erfreulich gewesen. Die Verkehrserleichterungen waren nicht immer so beschaffen, daß sie die Beschäftigungsgelegenheit im Lande vermehrt hätten. Wenn nun eine Aenderung in dem handelspolitischen Verhältnisse zum Auslande eintreten soll, so können die Arbeiter es unter keinen Umständen zugeben, daß der Umfang der Beschäftigungsgelegenheit für den gewerblichen Arbeiter auch nur an irgend einer Stelle eingeschränkt wird. Erweiterung dieses Umfangs muß im Prinzip das Ziel einer arbeiterfreundlichen Handelspolitik sein. Dazu gehört nicht allein, daß das Ausland unsere Waren zu möglichst niedrigen Zollsätzen passieren läßt, sondern auch, daß unserer Industrie weder die Rohstoffe noch die Halbfabrikate verteuert werden. Beschäftigungsgelegenheit allein kann aber den Ansprüchen der Arbeiter noch nicht genügen. Die Beschäftigungsgelegenheit muß so beschaffen sein, daß sie nicht lohndrückend wirkt. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bisher unser Export (Ausfuhr) diesem Anspruch nicht genügte. Exportpreise sind meist niedriger als Inlandspreise, nicht nur in Deutschland, sondern überall. Es gibt aber eine untere Grenze auch für den Weltmarktpreis. Je größer der Umfang des Exports, desto größer ist der Ausfall an Verdienst für die Exportindustrie bei niedrigeren Preisen. Dieser Ausfall muß vom Inlandsmarkt, der so wie so schon den Gewinn bringen muß, außerdem noch gedeckt werden. Und er wird vielfach dadurch gedeckt, daß an den Summen für Arbeitslöhne zu sparen versucht wird. Man braucht da nicht an direkte Lohnherabsetzungen zu denken, es genügt schon, wenn die Löhne nicht mehr oder zu langsam steigen. Die Bedingungen, unter denen unser Gewerbe exportieren kann, müssen also so beschaffen sein, daß die Zölle des Auslandes unsere Fabrikanten nicht zu Kalkulationen zwingen, bei denen Lohnsteigerungen ausgeschlossen sind. An diesen Punkt pflegen vielfach Fabrikanten selbst bei ihrer Haltung den kommenden Handelsverträgen gegenüber nicht zu denken. Sie rechnen mit einem gleichbleibenden Lohnniveau. Der Exportindustrielle findet sich vielleicht auch mit etwas höheren Zöllen des Auslandes ab, wenn er nur langfristige Handelsverträge erhält. Der Arbeiter kann und darf das aber nicht, wenn er nicht Gefahr laufen will, sich die Möglichkeit, ein höheres Lohnniveau zu erringen, mehr oder weniger zu verschmerzen. Deshalb kommt es dem Arbeiter viel weniger bloß auf langfristige Handelsverträge an, sondern auf Verträge, die unsere Waren im Auslande mit möglichst geringen Zöllen belasten. Das ist ja gerade das nachteilige im Verkehr mit den Vereinigten Staaten, daß der Preis der dorthin auszuführenden Waren infolge der übermäßigen Zölle so ungemein gedrückt wird; nur ein wirtschaftlicher Aufschwung drüben vermag vorübergehend die Nachfrage nach Waren so zu heben, daß dieser Druck fast schwindet. Endlich ist für die Arbeiterwelt noch ein Gesichtspunkt bei Prüfung neuer Handelsverträge wichtig. Die Eröffnung von Beschäftigungsgelegenheit, selbst mit der Aussicht auf die Möglichkeit steigenden Lohnniveaus, kann neuen Handelsverträgen noch immer nicht die Zustimmung von Arbeitervertretern sichern, so lange den Arbeitern als Konsumenten die Vorteile genommen werden sollen, die sich ihnen möglicherweise als Produzenten bieten. Eine tatsächliche Verteuerung des Lebensunterhalts infolge höherer Zollsätze auf Lebensmittel macht auch sonst günstige Handelsverträge für die Arbeiter unannehmbar. Denn die Verteuerung des Lebensunterhalts tritt, wenn die Zollsätze danach beschaffen sind, sicher ein, während die eventuellen Vorteile sich nicht von selbst einstellen. Namentlich lassen sich Lohn erhöhungen nur langsam und allmählich durchführen. Gegen eine Erhöhung der Warenpreise dagegen ist der Konsument machtlos. Sind also die Handelsverträge so beschaffen, daß der Lebensunterhalt verteuert wird, so steht der Arbeiter vor einer total uneinnehmbaren Position. Eine Handelsvertragspolitik, die den angeedeuteten Richtpunkten der Arbeiterinteressen nicht gerecht wird, bedeutet daher eine Verschlechterung der von Caprivi inaugurierten mitteleuropäischen Tarifpolitik, verengert das mit Mühe geschaffene Verkehrsgebiet innerhalb Europas, und bedeutet einen Rückschritt, dessen nachteilige Folgen in erster Linie von der Arbeiterbevölkerung getragen werden müßten. Erwägt man nach den vorgeführten Gesichtspunkten die handelspolitischen Interessen der gewerblichen Arbeiter, so kann man gar nicht im Zweifel darüber sein, daß der Wahlauftrag der sozialdemokratischen Fraktion die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu neuen Handelsverträgen in einer für Fernstehende vielleicht etwas mißverständlichen Kürze, aber durchaus den Arbeiterinteressen konform präzisiert hat.

## Vom Dämon Alkohol.

Der ungeheure Schaden, welcher durch den Alkoholgenuß der Volksgesundheit zugefügt wird, ist bisher in Arbeiterkreisen noch nicht genügend gewürdigt worden. Man überließ die Bekämpfung des Alkohols den bürger-

„Was schert mich das Recht, was schert mich die Gerechtigkeit?“ braut er auf, denn er fühlt, daß er Unrecht hat. „Ich habe die Macht und damit Basta! Wenn es nicht paßt, bei mir zu arbeiten, der mag es bleiben lassen; ich kann genug Arbeiter bekommen.“

„So ist es“ antwortet der Arbeiter, „dahin wollte ich dich gern haben.“ Dein angebliches Recht auf Ausbeutung ist weiter nichts als die brutale Macht des Stärkeren. Du beutest uns aus, weil du der wirtschaftlich Starke bist und wir müssen es dulden, weil wir zu schwach sind, noch zu schwach sind, um dein Joch abzuschütteln zu können.?

Noch einmal wird der Gereizte zudringlich. „So wollt ihr ohne Kapital produzieren, ihr Habenichtse“, höhnt er, „möge euch dieser Versuch gut bekommen. Ohne uns Kapitalisten seid ihr nichts, und wenn wir einmal, dem Rate unfres großen Wismarck folgend, unsere Arbeit einstellen würden, dann seid ihr fertig mit eurer Weisheit.“

Der Arbeiter lachte laut auf. „Du bringst mich gerade auf das richtige Thema. So höre also meine Antwort. Wenn wir Sozialdemokraten glauben, wir könnten ohne Rohmaterialien und Maschinen Gebrauchsgüter herstellen, so müßten wir komplet verrückt sein. Das sind wir aber glücklicherweise noch lange nicht. Wir wissen, daß wir das, was wir Kapital nennen, auch in einer zukünftigen, auf sozialpolitischen Prinzipien beruhenden Gesellschaft nicht entbehren können. Auch im „Zukunftstaate“ werden wir Baumwolle, Farbe, Maschinen u. nötig haben, wenn wir Garn spinnen wollen. Was wir aber dann ganz gut entbehren können, das sind die Kapitalisten. Die Sache liegt nämlich folgendermaßen. Wir, die Arbeiter, sind heute und für alle Zeiten unentbehrlich, denn unsere Arbeitskraft, mit deren Hilfe die Produktionsmittel verarbeitet werden, ist mit unserer Person, unserer Leiblichkeit untrennbar verbunden.

Ohne Arbeit und daher ohne Arbeiter ist keine Gesellschaftsform denkbar, denn die Arbeit spielt die Vermittlerrolle zwischen Natur und Mensch. . . . Ihr aber, ihr Kapitalisten, seid als Personen gänzlich überflüssig. Ebenfogut wie ihr früher nicht waret, werdet ihr auch später nicht sein. Was euch heute notwendig erscheinen läßt, das ist euer Kapital, etwas von eurer Person Trennbares und Getrenntes. Die Produktionsmittel, die Baumwolle, die Maschinen u. sind notwendig zur Produktion, die Kapitalisten sind in keiner Weise notwendig. Wir wollen aber das, was euern Wert ausmacht, erhalten und ins Gemeineigentum überführen, euch selbst aber wollen wir abschaffen, d. h. in arbeitende, produktiv tätige Individuen umwandeln. Oder richtiger gesagt, ihr werdet ganz von selbst von der Bildfläche verschwinden, weil eure Existenzberechtigung geschwunden ist. Eine Klasse, die keine Existenzberechtigung mehr hat, der der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist, so daß sie mit ihren Ansprüchen und Privilegien in der Luft schwebt, eine solche, dem Untergange geweihte Klasse hält sich nur noch eine gewisse Zeit lang durch Anwendung künstlicher Mittel über Wasser, dann aber verschwindet sie unrettbar und auf Nimmerwiedersehen in rauschenden Strome der Zeiten. Diese Mittel sind meistens ganz gewalttätiger Art und werden mit rücksichtsloser Brutalität angewandt, aber sie versagen zuletzt und schneiden ihre Anwender ins eigene Fleisch. Mit Kanonen kann man keine Ideen tötlich machen und Bajonette sind zu vielen Dingen nütze, aber man kann sich nicht darauf setzen. . . . Du siehst aber, mein Freund, auch Kapitalisten fehlt jealiche Existenzberechtigung und ihr seid unrettbar verloren; der heranflutende Sozialismus wird euch hinwegschwemmen.“

Was vermöchte wohl ein Kapitalist sonst noch vorzubringen, um seine Existenzberechtigung resp. seine Unentbehrlichkeit zu beweisen?! Brutus.

lichen Enthaltensamteits- und Mäßigkeitsvereinen. Die Arbeiter hatten derartigen Bestrebungen gegenüber ein gewisses Mißtrauen; sie sagten sich, diese Leute wollen uns nur unser gemütliches Glas Bier vereiteln; gönnen uns nicht das bißchen Vergnügen, mit unsern Kollegen zusammen mal einige frohe Stunden zu verleben, wo doch so'n Glas Bier erst die richtige Stimmung erzeugt; man will uns nur in unserer Lebenshaltung herabdrücken, indem man uns sagt: Ihr könnt so und soviel sparen, oder: Ihr braucht so und soviel Geld weniger, wenn Ihr kein Bier oder Schnaps mehr trinkt. Sinterher würden dann wohl unsere Herren Arbeitgeber bald mit Lohnherabsetzungen kommen, sich darauf berufend, daß man ja nicht mehr soviel zum Lebensunterhalt brauche, nachdem man kein Bier und Schnaps mehr trinke.

Dieses Mißtrauen hatte eine gewisse Berechtigung, wenn man sich die Herrschaften ansieht, die sich vornehmlich mit der Bekämpfung des Alkoholgenußes beschäftigt haben. Es ist wohl so mancher darunter, auf den man Heines Wort anwenden könnte: — „ich kenne die Weise, kenne den Text, kenne auch die Verfasser, sie trinken heimlich den goldenen Wein und predigen öffentlich Wasser.“

Erst seit einigen Jahren hat sich innerhalb der organisierten Arbeiterchaft die Erkenntnis von der ungeheuren Schädlichkeit des Alkohols Bahn gebrochen. In vielen Städten haben sich abstinente Arbeitervereine gebildet. In einigen Städten haben diese Vereine sogar schon eigene Lokale eröffnet, in denen nur alkoholfreie Getränke verabreicht werden. Auch in den Gewerkschaften und in der Partei macht sich diese Bewegung bemerkbar. Wir wollen uns hier nicht dafür ins Zeug legen, daß Partei und Gewerkschaften die Alkoholfekämpfung in ihr Programm aufnehmen sollen, aber ganz außer acht darf man dies nicht lassen, man müßte viel mehr als bis dato in der Presse und in Versammlungen die Mitglieder und Genossen aufklären über die Schädlichkeit, welche der Alkoholgenuß für den einzelnen sowohl wie für die Gesamtheit hat. Es ist doch ohne weiteres klar, daß der Mensch, welcher nüchtern ist und seinen Geist nicht erst durch Genuß eines oder mehrerer Glas Bier oder Schnaps angeregt hat, ein viel klareres Denken hat und viel überlegter handelt als der, der sich erst „Mut“ getrunken hat. Denn solch ein ange-trunkener „Mut“ hält nicht mal so lange vor, wie das genossene Getränk im Leibe, im Gegenteil, der Ragenjammer stellt sich sehr bald ein.

Wie mancher Streik ist z. B. schon verloren gegangen, der in einem derartigen „mutigen“ Zustand angefangen wurde. Und nun gar im Streik selbst, ist es da nicht nötig, fortwährend klaren Sinnes zu sein? Muß man da nicht jeden günstigen Moment benutzen? Muß die Streikleitung nicht alles aufbieten, daß die Arbeiter nicht auf die diversen Provokationen reagieren? — Da heißt es doch wirklich: nüchtern muß alles sein, ruhigen Sinn und kaltes Blut bewahren. Und das kann nur der, der sich aller aufregenden Getränke enthält.

Wie weit indes die Abstinenzbewegung unter den Arbeitern fortgeschritten ist und welche moralische Macht sie bereits darstellt, das konnte man so recht auf dem in Bremen stattgefundenen internationalen „Kongress zur Bekämpfung des Alkohols“ beobachten. Eine buntgemischte Gesellschaft aus aller Herren Länder war dort vertreten. Darunter die Guttempler, wohl die größte derartige internationale Vereinigung, welche die Enthaltensamteits- und Mäßigkeitsbewegung betreiben und in allen größeren Städten Europas und Amerikas Logen, d. h. Vereinsthäuser haben, wo sie ihre Versammlungen und festlichen Veranstaltungen abhalten. Jeder, der in diesen Guttemplerorden eintritt, muß ein Gelübde ablegen, daß er dem Alkoholgenuß ent sagt. Dann sind zu nennen die Vereine vom blauen Kreuz, christliche Vereine, die den Alkoholteufel durch Beten, Singen und Traktatverbreiten bekämpfen. Weiter waren vertreten katholische und evangelische Abstinenz- und Mäßigkeitsvereine, Vereine abstinenten Pastoren, Studenten und Kaufleute. Letztere geben sogar eine eigene Zeitung heraus; bei den beiden ersteren lohnt es sich wohl nicht, vielleicht ist die Mitgliederzahl zu gering. Ferner waren auch noch die bekannten Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke vertreten und endlich auch die Vereine abstinenten Arbeiter. Außerdem waren noch verschiedene Behörden, Ortskrankenkassen, Heilstättenbesitzer resp. -Leiter, Gasthausreformer und sonstige Interessenten anwesend.

Daß bei einer derartig zusammengewürfelten Gesellschaft alle möglichen Anschauungen zu Tage treten und jeder sein besonderes Mittel zur Bekämpfung des Alkoholteufels empfiehlt, braucht hier wohl nicht weiter erörtert zu werden. Eine wahre Dase in der ewigen Wüste des Moralisierens war es daher, wenn dann ab und zu mal einer unfres Genossen zu Worte kam und die Herrschaften darauf hinwies, daß der Alkoholismus lediglich eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist und erst mit dieser vollständig kommen verschwinden werde. Allerdings sei zugegeben, daß nicht jeder aus Not zum Säufer werde, das werde ja bewiesen durch die Trinker besserer Stände, aber bei der großen Mehrzahl sei es doch das Bedürfnis, sich über vorhandenes Elend hinwegzutäuschen, welches zum ersten Schnaps verleite. Ist dieser erste Schritt getan, dann folgen auch bald weitere. Man müsse vor allen Dingen danach trachten, dem Arbeiter höheren Lohn zu erringen, dann könne er sich besser nähren und brauche sich nicht den Hunger durch Schnaps wegzutäuschen; auch bessere Wohnungen müsse man dem Arbeiter bieten, um ihm die Säuslichkeit so zu gestalten, daß er die zweifelhafte Gemütlichkeit des Wirtshauses meidet. Besonders interessant waren die Ausführungen unfres Genossen F. U. Schmidt, Lehrer in Amsterdam und Vorsitzender des abstinenten Lehrervereins der Niederlande. Dieser führte als Beispiel die Diamantarbeiter Hollands an. Früher wegen ihrer Trunksucht die verrufenste Arbeitergruppe Hollands, haben sie es verstanden, sich durch gewerkschaftliche Organisation höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen, stehen jetzt an der Spitze der Abstinenzbewegung und sind die Elite der holländischen Arbeiter.

Es soll nun nicht gesagt sein, daß das, was dort möglich war, überall möglich ist; wir wollen auch nicht der Bildung von abstinenten Arbeitervereinen das Wort reden, weil dadurch eine Kräftezersplitterung einreizen würde, die uns, wo der Klassenkampf immer heftiger wird, verhängnis-



hoff werden könnte. Andererseits wollen wir auch nicht die Gewerkschaften und Partei veranlassen, den Kampf gegen den Alkohol in ihr Programm aufzunehmen. Aber sobald wir verlangen, daß man den Alkohol bekämpft überall da, wo sich nur irgendwie Gelegenheit bietet, und hier kann das Beispiel sehr viel nützen. Sehen die Massen der Arbeiter, daß ihre Führer dem Alkohol Valet gesagt haben, dann werden auch immer mehr und mehr nachzusehen; der Nachahmungstrieb ist nun mal beim Menschen vorhanden und hier muß er mal für eine gute Sache ausgenutzt werden. Es ist durchaus notwendig, überall da, wo sich Schäden am Gesellschaftskörper bemerkbar machen, diese zu bekämpfen. Wir dürfen, wie der alte Professor Forel aus Chigny (Schweiz) sagte, nicht zusehen, wie der Alkoholismus einen unserer Arbeitsbrüder nach dem andern in den Sumpf hinabzieht; wir dürfen nicht mit verchränkten Armen fatalistisch dastehen und warten, bis die wirtschaftliche Entwicklung den Kapitalismus überwunden hat und damit alles Elend gewissermaßen von selbst verschwindet. Nein, wir müssen kämpfen gegen eine Seuche, welche die Menschen unfähig zu machen droht, die hehren Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Und deshalb, um nochmals mit Professor Forel zu reden:

Krieg dem Kapitalismus und dem Alkoholismus!

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Im Laufe dieser Woche sind die Abrechnungsformulare für das II. Quartal zur Versendung gelangt; wir wollen deshalb nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieselben genau ausgefüllt und von den Revisoren unterschrieben spätestens am 15. Juli wieder in unsern Händen sein müssen. Gleichzeitig ersuchen wir die Lokalvorstände, die von uns bei Anfertigung der I. Quartalsabrechnungen gemachten Einwendungen resp. Ausstellungen gleich zu berücksichtigen, damit unnötiges Hin- und Herschicken erspart bleibt und nicht unnötiges Porto ausgegeben werden muß. Auch ersuchen wir, dieselben genügend zu frankieren, da wir eine Masse Strafporto zahlen mußten. Die in der Rubrik „Gezahlte Beiträge“ eingestellten Zahlen sind zu addieren, damit man einen Vergleich anstellen kann, inwieweit der noch vorhandene Markenbestand mit dem Ergebnis der verkauften Beitragsmarken übereinstimmt.

In dem Abrechnungsformular können in der Rubrik „Ausgaben für die Zentralkasse“ nur Gelder eingestellt werden, die bis zum 1. Juli in unserm Besitze sind. Deshalb empfiehlt es sich, soweit flüssige Gelder vorhanden, dieselben vor dem 1. Juli an den Zentralvorstand einzusenden. Vor allen Dingen weisen wir darauf hin, daß die Durchsicht der vorigen Abrechnungen in den einzelnen Zahlstellen ergeben hat, daß eine große Anzahl rückständige Beiträge zu verzeichnen sind. Diese Restanten ersuchen wir nun, dieselben schnellstens zu begleichen, damit die Vertrauensleute im Stande sind, auch rechtzeitig abzurechnen.

Die Revisoren haben die Pflicht, für die Durchführung der Bekanntmachung zu sorgen, im besonderen darauf zu achten, daß die rückständigen Beiträge auf schnellstem Wege eingezogen und die Gelder vor dem 1. Juli an uns eingeschickt werden; ferner haben sie zu veranlassen, daß das Abrechnungsformular bis zum 15. Juli im Besitze des Zentralvorstandes ist.

Wir halten es für notwendig, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß in der letzten Woche des Juni die statistischen Lohnkarten an die Vertrauensleute resp. Ortsstatistiker abgegeben werden müssen. Es ist deshalb nötig, daß jeder Kollege seine Lohnkarte bis zu diesem Termin in Ordnung bringt und rechtzeitig abgibt. Bei Abgabe der alten Karten werden gleichzeitig die neuen Lohnkarten ausgegeben. Bei der Wichtigkeit, die die Statistik für unseren Beruf hat, hoffen wir, daß es sich die einzelnen Kollegen angelegen sein lassen und speziell die Vertrauensleute alle Maßregeln ergreifen, welche die rechtzeitige Abgabe der Lohnkarten ermöglichen. Es muß deshalb schon jetzt in jeder Versammlung darauf hingewiesen werden. Die diesjährige Statistik bekommt eine erhöhte Bedeutung dadurch, weil die Bundesratsverordnung seit 1. Oktober 1902 in Kraft ist und zum Teil in den diesjährigen Erhebungen schon mit zum Ausdruck kommt.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß auch in diesem Jahre sämtliche Lohnkarten, nachdem dieselben am Orte bearbeitet worden sind, an den Zentralvorstand eingeschickt werden müssen. Im vorjährigen Jahr hat diesem Verlangen unsererseits nur ein Teil Zahlstellen Rechnung getragen; wir hoffen deshalb, daß dieser Hinweis genügt, um die Lohnkarten von sämtlichen Zahlstellen zu erhalten. Diese Maßnahme bezweckt eine einheitliche Durcharbeitung dieses Materials, deren Resultate ein klareres Bild in Bezug auf Krankheit und Arbeitslosigkeit ergeben werden.

Die Ortsstatistiker sowie Vertrauensleute haben die Ortsfragebogen bis spätestens zum 15. Juli einzusenden; sie haben sich deshalb bei der Ausarbeitung der Statistik sowie mit dem Ausfüllen der Fragebogen zu beeilen, damit die Zusammenstellung der Resultate keine Verzögerung erleidet.

Ferner weisen wir darauf hin, daß fast noch die Hälfte der Todesanzeigen von den Kollegen, welche seit 1. Juli 1902 gestorben sind, fehlen. Daß unter diesen Umständen eine genaue Wiedergabe der Sterblichkeit in unserem Berufe unmöglich ist, wird jedem einleuchten. Die Ortsstatistiker mögen dies deshalb sofort nachholen.

Also Kollegen! Wir appellieren nochmals an Euch. Sorgt für wahrheitsgetreue Ausfüllung sowie für rechtzeitige Ablieferung der Statistiken.

Diejenigen Vertrauensleute und Vorstände, welche noch nicht im Besitze von Abrechnungsformularen resp. statistischen Fragebogen sein sollten, haben dies unverzüglich beim Zentralvorstand zu melden und dieselben einzufordern.

Bezugnehmend auf die am 1. Juli zu zahlenden Abonnements- und Inseratengelder vom II. Quartal des Fachblattes weisen wir darauf hin, daß Rechnungen nicht mehr verhandelt werden. Die zu zahlenden Beträge sind in

der auf der Schlussseite der heutigen Nummer befindlichen Zusammenstellung der Quartalsbeiträge zu ersehen. Wir ersuchen die Leser, sich in derselben zu orientieren und den Betrag alsdann an uns einzusenden.

Von den Lokalverwaltungen ist der vollständige Name und die Verbandsnummer von denjenigen Mitgliedern einzusenden, welche ausgeschlossen sind, damit sie im Steinarbeiter veröffentlicht und in der Mitgliederliste gestrichen werden können.

Ersuche die Vorstände der Lokalverwaltungen, bei Aufnahme neuer Mitglieder auf den Aufnahmechein die Verbandsnummer mit anzugeben.

Zur Fertigstellung der Mitgliederliste fehlen noch folgende Zahlstellen, welche ersucht werden, nun endlich einmal an ihrem Teil dazu beizutragen, um wenigstens eine Ordnung durchzuführen, und diejenigen Mitglieder aus den Beitragslisten namhaft zu machen, welchen Quittungsbücher ausgestellt worden sind: Posen, Stettin, Beuthen, Dresden, Meissen, Baugen, Görlitz, Zittau, Beucha-Brandis, Grimma, Zwickau, Rößnitz, Wandersleben, Mülhaußen i. Th., Coburg, Kronach, Alvensleben, Braunlage, Osnabrück, Dortmund, Werden, Köln, Feschenbach, Weidenhahn, Karlsruhe, Speier, Landau, Kaiserslautern, Straßburg, Colmar, Emmendingen, Konstanz, Metz, St. Pilt, Pfalsburg, Durstel, Neuenstein, Eppingen, Heilbronn, Schwäbisch-Hall, Würzburg, Nürnberg, Ebelsbach, Randersacker, Marktleuthen, Rehau.

Des weiteren wird nochmals auf § 5 betreffs Reiseunterstützung aufmerksam gemacht und ist mit dem Ausstellen von Reisetickets die nötige Sorgfalt zu beobachten. Es ist in letzter Zeit öfter vorgekommen, daß einzelne Vertrauensleute Reisetickets an Nichtunterstützungsberechtigte ausgestellt haben. Vor allem darf die Eintragung im Quittungsbuch nicht vergessen werden, um Ausreden vorzubeugen.

Der Zentralvorstand.

### Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Linde und nur auf einer Seite zu schreiben.

Alt-Barthau. Am 4. Juni fand im Lokale des Herrn Manke eine Steinarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Entscheidung über die Auflösung der Zahlstelle II. Es war von verschiedenen Seiten angeregt worden, die Zahlstelle aufzulösen, weil die Hälfte der Brecher nicht organisiert sind und auch nicht zu bewegen sind, sich der Organisation wieder anzuschließen. Es wurde betont, daß wir bei Lohnstreitigkeiten machtlos daständen, unser Geld somit nutzlos fortgeworfen wäre; dem wurde aber durch den Gauleiter, der anwesend war, widersprochen und verschiedenes Hargelegt, und aufgefordert, unsre Sache treu zu bleiben. Es wurde dann auch eine Einigung dahingehend erzielt. Dann wurde eine Arbeitslosenunterstützung von 3 Mark pro Woche eingeführt, in folgedessen wurde der Antrag, 1000 Mark zu teilen, aufgehoben, dann wurde von den Revisoren Bericht über die Klassenverhältnisse und Klassenführung gegeben und betont, daß alles in guter Ordnung befunden wurde, dem Vertrauensmann wurde durch Erheben von den Plätzen gedankt. Es wurde jedem zur Pflicht gemacht, für unsre Sache zu agitieren; denn nur vereint sind wir stark.

Alt-Barthau. Am 12. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung war: Wie unterstützen wir den Soz. Arbeiterverein? 2. Tariffragen; 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkte entspann sich eine sehr anregende Debatte, es wurde von verschiedenen Seiten bedauert, daß es noch Kollegen gibt, die dem Verein fernstehen. Es wurden dem Verein 50 Mk. aus dem alten Fonds bewilligt, damit er in diesem Preise die Wahl ehrenvoll bestehen kann. (Was auch der Fall war.) In Tarifangelegenheit wurde der Vorstand beauftragt, sich jedes Gewerbegerichtsurteil, das in Bunzlau gefällt wird, zu verschaffen, damit wir in Alt-Barthau auch wissen, wie die Urteilsfällung bei Fragen, die uns interessieren, sich gestaltet. Da verschiedene Kollegen in der Berechnung einzelner Stücke nicht gegenseitig klar wurden, war angeregt, zu jeder Versammlung den Punkt Tarifangelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen. Unter Verschiedenem wurden den streifenden Erarbeitern in Bunzlau 30 Mk. gewährt; ferner wird jede Woche, solange der Streik dauert, eine Liste ausgelegt. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten zur Sprache kamen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Saßlinghausen. Durch Versammlungsbeschluß sind wir gezwungen, unser Nachbargebiet Saßlinghausen, Schee und Boffel in unsern Verwaltungsbezirk einzureihen. Durch die letzte Versammlung in Boffel, in der ca. 70 Kollegen anwesend waren, sehen wir uns gezwungen, nach dorten unser Augenmerk zu richten. Durch acht Meister resp. Unternehmer, welche unsere Versammlung hintertrieben wollten, ermutigt, ihnen kräftig die Wahrheit zu sagen, nahm Kollege Gutaeßel das Wort zu seinen Ausführungen über die Bundesratsverordnung und ihren Nutzen für den Steinarbeiter. Hierauf nahm Kollege Werner das Wort über: Die Unternehmer, wie sie von der Bundesratsverordnung denken und was sie von ihr haben. Dieser Vortrag wurde, da die acht Unternehmer zugegen waren, zur Diskussion gestellt, worauf ein Unternehmer in die herzerregenden Worte ausbrach, ich habe wohl was auf der Zunge, aber ich kann es hier nicht aussprechen. (Lampenfieber.) Das Schlusswort nahm Kollege G. Olfmann. Er legte den Kollegen den Wert der Organisation ans Herz mit der Motivierung: Viele Wenige machen ein Ziel, vereinte Kräfte führen zum Ziel. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen. Es ließen sich fünf Mann in den Verband aufnehmen. Durch Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zur Konferenz am 5. Juli. Als Delegierte wurden die Kollegen Mondorf und Werner gewählt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung der nächsten Konferenz erwarten wir, daß jede Zahlstelle einen Delegierten entsendet und auch von Seiten der Geschäftsleitung eine Person anwesend sein wird.

Hardheim (Baden). Am 6. Juni fand eine Besprechung statt, da wir keine Versammlung abhalten konnten, weil uns das Lokal entzogen wurde. Beraten wurde über die Maßregelung der Kollegen Sauer und Engel. Es wurde den Kollegen eine Unterstützung von 5 Mk. zuerkannt. Als Vertrauensmann wurde Kollege Gustav Henn gewählt. Die Anwesenden versprachen, auch in Zukunft fest zur Organisation zu halten, trotz der sich immer wiederholenden Schikanen.

Wittweida. Sonntag, den 21. Juni, fand eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Saupe eröffnete die Versammlung und gibt bekannt, daß sich die Wahl eines Vorstands nötig macht. Als erster Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Vorstands. Es wurde einstimmig Kollege G. Saupe als Vorstand gewählt. Als Gewerkschaftsdelegierter wurde gleichfalls Heinrich Saupe gewählt. In das Vergnügungssomitee zum Sommerfest wurde an Stelle des Vorstands Kollege

May Schulze gewählt. Zum 3. Punkt Gewerkschaftliches, gibt Kollege Schulze bekannt, daß auf dem Platz Petersdorf noch verschiedene Mißstände herrschen. Vor einem Vierteljahr ist der Gewerbeinspektor dagewesen, hat die Mißstände gerügt und dem Herrn Unternehmer zur Beseitigung der Mißstände drei Monate Frist gegeben. Die Zeit ist aber schon verstrichen und vor kurzem soll der Gewerbeinspektor wieder dagewesen sein und hat den Herrn Unternehmer darauf aufmerksam gemacht, daß die Mißstände auf eine andre Art und Weise beseitigt werden müßten.

Riesa (Elbe). Am 3. Juni tagte hier eine sehr mächtig besuchte Versammlung. Im 1. Punkt, Vereinsangelegenheiten, führte Kollege Runge an, daß zu wenig Steinarbeiter für den Ort bestellt wären. Er stellt einen Antrag, daß von jetzt ab 20 Exemplare nach hier kommen sollen; dieser Antrag wurde abgelehnt. Es soll dem Vertrauensmann überlassen sein, auf je 5 Mann soll ein Steinarbeiter kommen. Ueber die Platzgebende wird der Antrag gestellt, daß es jedem Platz selber überlassen ist, dieses danach zu regeln, je nachdem wieviele Kollegen auf dem Platz arbeiten. Ferner wurde beschlossen, dem seit 1 1/2 Jahren kranken Kollegen Fritz Bösch eine Unterstützung von 30 Mark aus der Vereinskasse zu gewähren; weiter wurde angeregt, die örtlichen Beiträge zu erhöhen; doch wurde dieser Punkt bis auf weiteres vertagt. Es hätten ja noch einige Punkte erledigt werden können; doch wie es scheint, findet sich immer einer unter den Herren, der es sich zum Prinzip macht, die Versammlung durch sinnlose Trunkenheit zu stören.

### Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in amtlicher Beleuchtung.

Der Reichsanzeiger bringt einige Auszüge aus den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Jahre 1902. Es dürfte interessieren, welche Beobachtungen die Staatsbeamten gemacht haben, um ihre Meinung den Ausführungen der staatsverhaltenden Mandatsjäger, die von einer Not des Volkes nichts wissen, gegenüberzustellen.

Im großen und ganzen müssen natürlich die Fabrikinspektoren konstatieren, daß die Löhne im Jahre 1902 stark zurückgegangen sind, und noch stärker die Jahreseinnahmen, denn dem niedrigen Lohne entsprach geminderte Arbeitsgelegenheit. Der Bericht für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. konstatiert: „Besonders in der Maschinenindustrie wurde durch die gefürzten Schichten der Verdienst stark geschmälert, außerdem kamen hier, wie in der Holzbearbeitungsindustrie, Lohnherabsetzungen bis zu 15 Prozent vor.“

Im Baugewerbe gingen die Löhne hier um 10 Prozent zurück. In den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz und Oppeln wird konstatiert, „daß der wirtschaftliche Niedergang vielfach die Herabsetzung der Löhne, Aufhebung der früher bewilligten Lohnprämien, Einlegung von Feiertagen oder längere Verurlaubungen von Arbeitern zur Folge hatte“. „Beurlaubungen“ ist gut! Die schlesischen Industriemagnaten haben in dem glänzenden Lustzug 1896 bis 1900 nicht genug Arbeiter herbeischaffen können; die Zahl der Industriearbeiter ist hier in dieser kurzen Spanne Zeit in einzelnen Bezirken um 30 Prozent und mehr gewachsen. Jetzt werden diese Arbeiter „beurlaubt“, d. h. sie können sehen, wie sie sich durchhungern. Aber auch wo noch nicht die äußerste Not eingetreten ist, steht es schlimm genug. Der Bericht für den Regierungsbezirk Breslau sagt z. B.: „Selbst da, wo, wie z. B. im Aufsichtsbezirk Reichenbach, kein Rückgang der Lohnhöhe zu verzeichnen war — weil hier ein Bahnbau die überschüssigen Kräfte beschäftigte — ist die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen infolge Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Fleisches, doch eine schlechtere geworden.“ Die Fabrikanten, welche bekanntlich als Politiker für die Mittelstandspolitik sind, sind nicht geneigt, bei steigenden Preisen der Lebensmittel die Löhne zu erhöhen, damit der Arbeiter dem Krämer und Fleischer höhere Preise zahlen kann, dagegen greifen sie zuweilen zu „philanthropischen“ Mitteln, um dem Arbeiter etwas vorzumachen. Da wird z. B. berichtet, daß eine Firma der Textilindustrie in Langenbielau einen eigenen Schlachtbetrieb einrichtete und den Arbeitern das Fleisch zum Selbstkostenpreis verkaufte (womit jedenfalls den Fleischern am Ort sehr gedient war). Das Resultat war nun: der Absatz des Fleisches blieb hinter den Erwartungen zurück — „weil selbst diese Preise den Arbeitnehmern noch zu hoch sind“, konstatiert lakonisch der Bericht. Langenbielau liegt im Wahlkreis Reichenbach-Neurode, der im Reichstage von dem vielen Anton Fritz Wilhelm Graf von Magnis, Fideikommissbesitzer auf Eberndorf, vertreten war, einem Zentrumsmann, der natürlich für Wucherzölle auf Brot und auf Fleisch plädierte.

Für den Regierungsbezirk Münster wird ein allgemeines Sinken der Löhne konstatiert. „In 28 Güttenwerken im Bezirk Hagen sank der Durchschnittslohn für Kopf und Jahr um 22 Mk., in 18 Güttenwerken des Bezirks Bochum um 46 Mk., in 21 Güttenwerken des Bezirks Dortmund um 66 Mk. und in 53 Güttenwerken des Bezirks Sagan um 75 Mk.“

Der allgemeine Schluß, den auch der vorsichtige Reichsanzeiger aus den nicht minder vorsichtigen Berichten der Beamten zu ziehen gezwungen ist, lautet:

„Von besonderem Einflusse war die andauernde ungünstige Geschäftslage auf die Lebensverhältnisse, insbesondere auf Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse. Andererseits ist durch das im Berichtsjahre vielfach eingetretene Steigen der Lebensmittelpreise die Haushaltung der Arbeiter erheblich erschwert worden.“

So zu lesen im amtlichen Organ derselben Regierung, die mit allen Mitteln den verbrecherischen Lebensmittelmischer fördert und durch Annahme eines Zolltarifs, der direkt zu gefährlichen Handelskrisen führen muß, neue Krisen heraufbeschwört.

### Gerichtliches.

Die Verweigerung von Streikarbeit ist, wie das Gewerbegericht der Stadt Iserlohn entschied, ein Grund zu sofortiger Entlassung und die Klage auf Entschädigung nach § 124 b der Gewerbeordnung als unbegründet zurückzuweisen. Die Begründung des Urteils, das, wenn es allgemein anerkannt wird, für die Arbeiter von sehr wesentlicher Bedeutung ist, lautet wie folgt: Der Beklagte war veranlaßt worden, eine Arbeit für einen andern zu übernehmen, da letzterer durch Differenzen mit seinen Arbeitern außer Stande war, diese fertig zu stellen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß der Beklagte auf Grund des ihm zustehenden freien Entschließungsrechts befugt war, durch seine Arbeiter auch für dritte Personen Arbeiten ausführen zu lassen, daraus folgt, daß der Kläger auch zur Ausführung dieser für dritte Personen bestimmten Arbeit ver-



pflichtet war, da diese Arbeit infolge der dem freien Ermessen des Beklagten unterliegenden Uebernahme durch den Beklagten seine eigene Arbeit geworden war. Durch die fortgesetzte Weigerung des Klägers, diese Arbeiten auszuführen, ist nach § 123 Nr. 3 der Gewerbeordnung die sofortige Entlassung des Klägers gerechtfertigt; denn aus dem geschlossenen Arbeitsvertrag folgt in erster Linie die Verpflichtung des Arbeiters, den berechtigten Anforderungen seines Arbeitgebers nachzukommen. Der Einwand des Klägers, daß die Ausführung dieser Arbeiten mit seinem Ehrgefühl unvereinbar sei und gegen die guten Sitten verstoßen würde, ist völlig ungerechtfertigt, wenn auch Kläger infolge seines Solidaritätsgefühls ein Interesse daran hat, daß jemand, der mit seinen Arbeitern Differenzen hat, die Ausführung der Aufträge unmöglich gemacht wird, so steht doch der Geltendmachung dieses Interesses bei dem Beklagten geschlossene Arbeitsvertrag gegenüber, welcher den Kläger verpflichtet, den erteilten Anordnungen des Beklagten nachzukommen. Daß die Erfüllung eines geschlossenen Arbeitsvertrages gegen die guten Sitten verstoße, kann selbstredend nicht zugegeben werden, da Verträge ihrem ganzen Inhalt nach zu erfüllen sind. Nach alledem kann die Berechtigung des Beklagten, den Kläger ohne Kündigung zu entlassen, nicht in Zweifel gezogen werden. Daraus ergibt sich die Hinsichtlichkeit des Klageanspruchs.

## Rundschau.

Die Metallarbeiter tagten in Berlin. Anwesend waren 149 Delegierte, welche 148 842 Mitglieder vertraten. Ausgegeben hat der Verband in den letzten zwei Jahren für Streiks 622 931 Mk., für Unterstützungsätze einschließlich Arbeitslosenunterstützung in 1902 567 804 Mk., im Jahre 1901 477 258 Mk., im Jahre 1900 151 351 Mk., oder pro Kopf der Mitglieder in 1902 4.81 Mk., 1901 4.69 Mk., 1900 1.62 Mk. Das Vermögen des Verbandes beziffert sich am Schlusse der Berichtsperiode auf 702 938 Mk. Beschlossen wurde vorweg zu Gunsten der Ausgesperrten in Fierlohn zc. den doppelten Beitrag für Monat Juni zu erheben. Der Vorstand hatte einen Entwurf: Einführung eines Krankengeldzuschusses vorgelegt; er zog aber diesen zurück, da, wie die lange Diskussion erwieß, keine Aussicht auf Annahme vorhanden war, weil der Beitrag von 30 Pfg. auf 50 Pfg. hätte erhöht werden müssen. Beschlossen wurde dann, den Beitrag auf 40 Pfg. für männliche, und 20 Pfg. für weibliche Mitglieder festzusetzen. Beschlossen wurde noch Erstattung eines Referats über Tarife und Tarifgemeinschaften, überall, wo angängig, für tarifliche Abmachungen einzutreten. Eine lange Debatte entstand bezüglich der Versicherung der Verbandsbeamten gegen Invalidität, Alter zc. Obgleich nun die Metallarbeiter bereits vor zwei Jahren nach dieser Richtung hin in der Gewerkschaftsbewegung bahnbrechend vorgingen und eine eigene Versicherung für ihre Angestellten schaffen wollten, lehnte dieser Verbandstag die Mittel, welche zu dem Zwecke nötig waren, ab, erklärte sich aber im Prinzip mit einer Versicherung der Beamten einverstanden. Diese Erklärung nützt den Beamten allerdings nichts, wenn sie im Dienste der Metallarbeiterbewegung ergraut und arbeitsunfähig geworden sind. Beschlossen wird weiter, Arbeitslosenunterstützung für die Dauer von 60 Tagen, anstatt wie bisher 42 Tagen, in 52 aufeinander folgenden Wochen je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 60 Mk. auf 100 Mk. zu erhöhen, d. h. für Arbeitslose pro Woche 6—10 Mk. Beschlossen wird, die Unterstützungsätze der reisenden und arbeitslosen Mitglieder zu erhöhen, und zwar anstatt bisher für 42 Tage jezt für 60 Tage in 52 aufeinander folgenden Wochen, und zwar je nach der Dauer der Mitgliedschaft pro Tag 1 bis 1.40 Mk. Arbeitslosenunterstützung wird gleichfalls für 60 Tage in der gleichen Höhe wie die Reiseunterstützung gezahlt, d. h. 6—10 Mk. pro Woche bis zur Höhe von 60 bzw. 100 Mk. im Jahre für männliche, und 3—5 Mk. für weibliche Mitglieder. Umzugskosten sollen in Höhe von 20—40 Mk. gezahlt werden. Die Ungleichheit in der Höhe der Streifenunterstützung, welche der Holzarbeiterverband auf seinem letzten Verbandstage in Mainz beseitigte nach dem Grundsatz, gleiche Pflichten, gleiche Rechte, bleibt im Metallarbeiterverbande fortbestehen. Er zahlt an Verheiratete bei Streiks 14 Mk., an Ledige aber 12 Mk. Für weibliche Mitglieder 7 Mk. Für jedes Kind eine Mark Zuschuß, jedoch nicht über 5 Mk. pro Woche. Ein Personalwechsel im Vorstande und der Metallarbeiterzeitung tritt nicht ein. Der Sitz des Verbandes bleibt in Stuttgart.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Achtung! Des öfteren kommen reisende Kollegen an, deren Bücher sich in einem schauerhaften Zustand befinden. Ich weise zukünftig jeden zurück, der seine Papiere nicht in musterhafter Ordnung hat, denn beinahe nicht ein Kollege kommt hieher, wo man sagen kann, die Legitimation wäre in Ordnung. Hauptsächlich kommen diese Kollegen aus dem Rheinland, Westfalen und Hannover, die sich durch solch schlecht geführte Bücher auszeichnen.

Bremen.

Karl Maus.

Hamburg II. Der Steinmetz Willi Werber aus Dömitz wird hiedurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Hamburg nachzukommen. Gleichzeitig ersuche ich die Herren Vertrauensmänner, mir den Aufenthalt des Werber gefälligst zu melden.  
B. Langemann, Steinmetz, Hamburg 15, Gustavstr. 22, p.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 15. bis mit 20. Juni 1903.  
Hartershofen, Beitrag 2.40; Neuenstein, Rest 1.—; Straßsund 1.60; Cöthen, Beitrag 2.15; Delegiertensteuer 0.25; Straßsund 5.20; Delitzsch 6.65; Ludwigshafen, Beitrag 20.72; Eintrittsmarken 2.50; Delegiertensteuer 2.—; Maimarken 2.75; Stempel 1.50; Hauptbuch 2.—; Gesch. d. Org. 1.20; Hildesheim 4.90; Landsberg 1.80; Einbehold, I. u. II. Du. 4.85; Leipzig II, Beitrag 64.—; Maimarken 8.25; Delegiertensteuer 10.—; II. Du. 21.—; Ulm, Beitrag 96.—; Eintrittsmarken 2.—; Erfahrmarken 0.50; Pölkow, I. Du. 0.90; Eisenach, III, IV, u. I. Du. 2.40; Meissen, I. Du. 0.90; St. Pilt, Eintrittsmarken 2.50; Maimarken 1.—; Neuhaldensleben, Beitrag 5.—; Friedrichshagen, Beitrag 2.25; II. Du. 0.80; Lahr, I. Du. 6.—; Halberstadt, Beitrag 3.—; Hammelspringe, Beitrag 13.70; Delegiertensteuer 0.75; II. Du. 8.60; Wilsnack, Beitrag 4.80; Delegiertensteuer 0.25; Maimarken 0.25; II. Du. 0.90; Halle, II. Du. 10.80; Melbör, II. Du. 0.80; Magdeburg, Beitrag 128.—; Delegiertensteuer 9.25; Maimarken 9.—; Eisleben, I.—IV. Du. 8.80; Aiea, Beitrag 80.—; Mühlhausen i. Elb., Beitrag 64.—; Eintrittsmarken 10.—; Uch, Rest 4.26; Bensheim, Rest 5.— (Wongrag); Kiel, Beitrag 64.—; Neustadt, Beitrag 80.—; Striegau, Beitrag 400.—; Görlitz, Eintrittsmarken 10.—; Delegiertenmarten 12.50; Maimarken 12.50; Greiz, Beitrag 5.75; Frankfurt a. M., Eintrittsmarken 25.—; Brudmühl, Beitrag 28.—; Delegiertensteuer 3.50; Maimarken 3.25; II. Du. 5.40.  
Felix Lange.

## Abonnementsgelder und zu zahlende Inserate für das II. Quartal 1903.

Schwarzenbach 27.60.  
München (Oswald) 31.20.  
Häselich b. Striegau 21.60.  
Freiburg (Droll) 32.40.  
Wentz-Nachwitz 33.80, Inf. 2.60.  
Dresden 252.—, Inserate 5.—.  
Gauzen (Golz) 80.—.  
Düsseldorf 24.—.  
Mühlhausen i. Elb. 28.—.  
Striegau 121.20, Inserate 8.10.  
Lößau 31.20.  
Alt-Barthau 36.40, Inf. 6.60.  
Pirna 40.—.  
Leipzig I, 75.—, Inserat 1.30.  
Breslau 24.—, Inserat 1.40.  
Aue (Hübner) 28.20, Inf. 1.90.  
Meißen 10.—.  
Mühlhausen i. Th. 30.80.  
Hamburg II (Heumann) 21.—.  
Frankfurt a. M. 26.—, Inf. 1.40.  
Straßburg 41.60, Rest IV. Du. 17.—.  
Bremen I 27.60.  
Mannheim 24.80.  
Bunzlau 40.20, Inserat 4.90.  
Rödnitz 19.20.  
Offenbach (Braun) 27.—.  
Virkensfeld (Hattich) 1.50.  
Rostock 22.20.  
Mürnberg 23.—, Inserat 1.70.  
Osterholz 10.50.  
Remsdorf 54.—, Inserat 3.80.  
Brandenburg 10.80.  
Widau 24.—, Inserat 1.70.  
Erfurt 29.—.  
Hamburg I 25.20.  
Brandis-Beucha 32.—.  
Karlruhe 22.40.  
Bremen II 16.80.  
Chemnitz 18.60, Inserat 1.50.  
Demitz-Thumitz 20.20.  
Braunschweig 18.80.  
Wiesbaden (Kremer) 17.40.  
Wittweiba 19.20.  
Grünfeld 5.40.  
Fechenbach (Seuner) 3.—, Inf. 2.70.  
Ulm (Waltner) 15.40.  
Deutmannsdorf (Steinert) 8.40, Rest IV. u. I. Du. 14.—.  
Solmar 15.—, Rest I. Du. 13.80, IV. Du. 6.—.  
Eislebach (Engel) 13.80.  
Stuttgart II (Häsel) 4.80, (Wohlschlegel) Rest 1902 33.60.  
Ostwald 18.—, Inserat 1.50.  
Schreibersgrün (Schmidt) 18.—.  
Duisburg 17.—.  
Köln 12.—, Rest I. Du. 12.—.  
Hannover 12.60.  
Konstanz 9.—, Rest I. Du. 13.60.  
Dortmund 12.—.  
Magdeburg 10.80.  
Berned 17.40.  
Olsenbach (Müller) 11.70.  
Herbede (Dahing) 18.—.  
Lünenberg i. Schl. 10.20, Inf. 1.60.  
Springe 4.20.  
Speier 4.20.  
Coburg (Schmidt) 6.—.  
Kassel (Niemenscheider) 5.40.  
Neudorf-Hodenau 8.60, Inf. 1.80.  
Wechelburg 6.—.  
Niederwehren b. Kassel 4.80.  
Nietz 9.40, Inserat 1.70.  
Weiskens 4.20.  
Vogelstein 7.80.  
Molsheim (Klein) 3.60.  
Rebau 4.80.  
Oberklemna (Troß) 3.—.  
Gotha 6.60.  
Marktleuthen 7.80.  
Rebra 9.—, Inf. 1.30.  
Görlitz 8.40.  
Heppenheim (Spagerer) 6.—.  
Strehlen 16.—.  
Reiffenhäuser 8.40.  
Blauen 6.—, Inserate 1.70.  
Lübeck 10.20.  
Greiz 4.20.  
Alvensleben 6.—, Rest I. Du. 6.—, III. Du. 0.80.  
Tröstau 7.80.  
Ebersfeld 14.40.  
Ohlsdorf 10.60.  
Döbenburg 4.20, Rest I. Du. 4.20.  
Groß-Rosen (Emmrich) 7.20.  
Horka (Broch) 6.60.  
Potsdam 6.60.  
Weinsberg 4.80.  
Essen 19.40.  
Dönanbrück 6.—.  
Bilgrammsreuth 8.40.  
Wunsiedel 6.60.  
Häselich i. Sachsen 5.40.  
Breitenbach b. Kassel (Reuther) 1.60.  
Herford (Lunter) 3.—.  
Halberstadt 2.40.  
Gera 8.—.  
Lahr 6.—.  
Werden 8.40.  
Kiel 10.80.  
Eisenach 10.20.  
Berlin (Faber) 9.—.  
Rehlheim 10.20.  
Königsberg 7.80.  
Krippen (Hielemann) 6.—.  
Bonn 1.80.  
Greifswald 7.20.  
Bittermark 12.—, Inserat 1.80.  
Häselich b. Striegau 8.40.  
Malsburg (Weymann) 4.80.  
Haffersode (Werber) 11.60.  
Gauzen (Schneider) 2.—.  
Rothenburg (Kavier) 10.20.  
Göppingen 12.80.  
Ober-Mörsin (Born) 10.—.  
Kirchhausen 1.80.  
Stuttgart (Golz) 13.80, Inf. 1.40.  
Hartershofen 7.20.  
Brackwebe 5.70.  
Münchberg 7.20.  
Posta 17.—.  
Bodenbach (Zacharba) 2.—, I. Du. 6.—, IV. Du. 5.60.  
Göttingen 14.70.  
Oppach (Thomas) 2.60, Inf. 1.40.  
Malsbach (Euler) 1.80.  
Königsheim (Rühmisch) 1.80.  
Fechenbach (Schmidt) 0.80, I. Du. 2.40, III. Du. 0.60.  
Zittau (Bräuer) 3.60.  
Berlin (Waltner) 2.40.  
Mühlheim (Wittmann) 0.60, Rest IV. u. I. Du. 4.—.  
Hof 8.60.  
Dessau 2.40.  
Weiskensfeld 2.40.  
Wanersleben (Espig) 1.—.  
Wittenberg 2.40.  
Kappelrodeck (Weichselgartner) 3.20.  
Altenburg 8.60.  
Braunreuth (Marxhörn) 3.60.  
Leopoldsdorf 3.60.  
Gauzen (Hauptmann) 3.60.  
Gauzen (Schlager) 3.60.  
Fallenstein 3.60.  
Jena (Nag) 2.60.  
Emmenbungen 4.50, Inf. 2.—.  
Schönwald (Grosz) 3.60.  
Brotterode (Richter) 2.—.  
Schriesheim (Lorenz) 2.40.  
Bürgberg 5.60.  
Sonnenberg (Krämer) 2.40, Rest 1.20.  
Büdingen (Kraf) 8.—.  
Landsberg (August) 1.80.  
Horbheim (Sauer) 9.—.  
Lahn i. Schl. (Fischbach) 5.40.  
Hof b. Kassel (Peter) 12.—.  
Heilbronn (Wollenad) 0.40.  
Berlin (Blag Bloner) 1.20.  
Batersdorf (Vöfler) 1.20.  
Minden (Grecht) 0.60.  
Horbürg (Semmler) 2.20.  
Rinteln (Klee) 1.20.  
Wittenberg (Zoll) 1.80, Rest I. Du. 1.80.  
Kranndorf (Gutmann) 1.20, Rest IV. u. I. Du. 2.40.  
Hernburg (Ammann) 1.20.  
Berlin (Bös) 1.80.  
Ottenshofen (Pillin) 1.20, Inf. 2.—.  
Selb (Nichtiger) 1.20.  
Merseburg (Brenzel) 0.90, Rest IV. u. I. Du. 1.20.  
Selb (Schmidt) 1.80.  
Friedrichsberg (Teschew) 1.20.  
Nchim (Gasper) 0.45.  
Charlottenburg (Gentisch) 3.60.  
Ludwigshafen (Stünpert) 6.—.  
Hemshach (Vergauer) 1.20.  
Brüg (Fiel) 1.20.  
Grimma 1.80.  
Aue (Salzer) 1.20.  
Niedergründ (Schiner) 1.20.  
Bretsburg (Butschwitz) 1.20.  
Rienburg (Reimmer) 0.90.  
Salzburg (Mfari) 1.20.  
Hildesheim (Steinbach) 1.—.  
Hoflingshausen (Offermann) 1.20.  
Beuthen (Dr. Winter) 1.20, Rest I. Du. 1.20.  
Nördlingen (Schauf) 1.80.  
Magen (Gathun) 1.20.  
Laußnitz (Kothia) 8.—.  
Mylau (Mertel) 1.20.  
Pöfen (Dupke) 1.20, Rest I. Du. 1.20.  
Potsdam (Roermann) 1.20.  
Albendorf (Siegel) 6.—.  
Behr (Hilger) 1.80, Rest I. Du. 0.90.  
Budapest (Steidl) 1.20.  
Hörsfel (Prozick) 2.—.  
Höhlstein (Richter) 0.40.  
Flöha (Brumma) 1.80.  
Ehringsdorf (Barth) 0.80.  
St. Margarethen (Steinhauerverein) 2.70, Rest I. Du. 2.70.  
St. Gallen (Steinhauerverein) 3.70.  
St. Gallen (Zimmermann) 1.90.  
Köln (Folmer) 1.20, Rest I. Du. 0.80.  
Weltersdorf (Siegel) 0.15.  
Annaberg (Beck) 0.80.  
Halle (Kotthe) 1.80.  
Jener (Linden) 0.60.  
Eberbach (Rupp) 3.—.  
Wunsiedel (Pausch) 7.20.  
St. Pilt (Krämer) 6.60.  
Berlin II, Inserat 1.80.  
Berlin I, Inserat 12.80.  
Neuenstein, Inserat 0.70.  
Weidenhahn, Inserat 1.50.  
Frankfurt a. Ober, Inserat 1.40.

## Abonnementsgelder für L'Operaio Italiano sind folgende zu zahlen:

Ottenshofen (Pillin), 18 Stück 9.75 (Rest 9.—).  
Kappelrodeck (Weichselgartner), 6 Stück 4.50 (Rest 4.50).  
München (Oswald), 3 Stück 2.25.  
Wittenberg (Schlückmann), 1 St. 0.75.  
Karlruhe (Steiner), 7 Stück 5.25.  
Bittermark (Anweiler), 2 St. 1.50.  
Frankfurt a. Main (Klingensbed), 2 Stück 1.50 (Rest 1.50).  
Mannheim (Brummer), Rest 4 Stück 3.—.  
Mollentkotten (Dedemo Giovanni), 1 Stück 0.75.  
Ostwald (Bergen), 5 Stück 3.75.  
Kappelrodeck (Ramponi Eugenio), 1 Stück 0.75.  
Werden (v. Reß), 6 Stück 4.50 (Rest 4.50).  
Wittweida (Saupé), 1 Stück 0.75.  
Dresden (Fetich), 1 Stück 0.75.  
Herbede (Dahing), 20 St. 15.—.  
Posta (Hamann), 2 Stück 1.50.  
Schriesheim (Lorenz), 9 Stück 6.75.  
Hamburg I (Schulze), 1 Stück 0.75.

## Briefkasten.

München. War kein Irrtum, sondern die Agitationsnummern fanfte ich etwas später ab.  
Mannheim. Der Ausschluss genannten Mitgliedes kann noch nicht bekannt gegeben werden. Siehe § 3 Absatz 5 des Statuts.

## Aufruf

an die Kollegen des achten Gaues (Rheinland und Westfalen).  
Kollegen! Um eine regere Agitation in unserem Gau zu entfalten, fühlt sich unterzeichneter Vorstand veranlaßt, am Sonntag, den 5. Juli, vormittags 11 Uhr in Herbede im Westfälischen Hof eine Konferenz einzuberufen. Es ist Pflicht, daß von jeder Zahlstelle ein Delegierter dazu entsendet wird. Derselbe muß mit Mandat versehen sein; die Kosten haben die einzelnen Zahlstellen zu decken. Die Situationsberichte sind schriftlich mitzubringen oder an die Unterzeichneten einzusenden. Auch werden die Kollegen ersucht, nach Möglichkeit der Konferenz beizuwohnen. Die Tagesordnung lautet:

1. Situations- und Agitationsbericht.
2. Wie betreiben wir in Zukunft in unserem Gau am besten Agitation?
3. Bundesratsverordnung.
4. Verbandsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Da die einzelnen Vorstände schon schriftlich aufgefordert worden sind, hierzu Stellung zu nehmen, so erwarten wir, daß jede Zahlstelle diesem nachkommen wird. Nur dann, wenn Ihr alle mit beraten helft, sind wir in der Lage, praktische und erfolgreiche Arbeit zu leisten.

Düsseldorf, den 21. Juni 1903.

Die Ganleitung.

J. A.: Peter Fritz, Kömerstr. 14.

## Anzeigen.

**Steinmetz-Schule Zerbst**  
Der Besuch wird v. Verbands Deutscher Steinmetzgeschäfts empf. Regierungskommissar. Direkt.: Opperbecke, Prof.

# Berlin I.

Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c

## Mitglieder-Versammlung

### Tagesordnung:

1. Regelung der Beiträge von Kollegen, welche außerhalb des Berufs beschäftigt sind, und der Unterstützungsberechtigung.
2. Unterstützungsgefuche.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

## Todes-Anzeigen.

Dienstag, den 2. Juni, verstarb Kollege  
**Karl Dettling**  
infolge eines Unglücksfalles im Alter von 34 Jahren.

Freitag, den 19. Juni verstarb Kollege  
**Jakob Nissi**  
im Alter von 49 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die organisierten Steinarbeiter von Straßburg (Elsaz) und Umgebung.

Am 15. Juni starb unser Kollege  
**Wilhelm Politz**  
im Alter von 69 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 16. Juni starb unser Kollege  
**Ernst Ferd. Montag**  
im Alter von 33 Jahren an der Berufskrankheit.

Am 20. Juni starb unser Kollege  
**Gottlieb Grün**  
im Alter von 34 Jahren an der Berufskrankheit.  
Leicht sei allen die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend.

Am 17. Juni starb unser Kollege  
**Hermann Haack**  
im Alter von 37 Jahren nach 1 jährigem Krankenlager durch Erbrechen.

Die Organisation der Steinarbeiter von Gotha.  
Wäge ihm die Erde leicht sein!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.